

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlich:
Rieser Tageblatt
Herausg. v. Dr. H.
Hofmann

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Gochsheim, des Amtsgerichts und der Amtsverwaltung beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptpostamts Weihen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachamt
Dresden 1332
Vertrieb:
Rieser Nr. 53

Nr. 80.

Freitag, 4. April 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Zeile mit 100 Gold-Pfennigen; je nach Umfang und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig, durch Abgabe der Anzeigen in Kontant oder durch Zahlung in Reichsmark, durch die Anzeigenverwaltung, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Gochsheim 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Regierung: regiere.

Da man die Abstimmungsergebnisse des gestrigen Reichstags überprüft, wird man zunächst über das geschlossene Eintreten der Deutschnationalen für die Regierung erstaunt sein. Das kam so: Bis zum letzten Augenblick war man in der Deutschnationalen Fraktion uneinig und in den Verhandlungen schob sich immer mehr der Moment in den Vordergrund, ob es nicht ratsamer sei, zunächst der Regierung Gelegenheit zu geben, zu beweisen, ob sie das Schiele-Agrarprogramm durchführen könne. Wenn Eugenbergs auch gegen das Experiment erklärte, er würde überstimmt, man beauftragte ihn sogar, die Haltung der Fraktion zu rechtfertigen. Neben die Agrarforderungen der Deutschnationalen, auch über die Angebote Scheeles hinaus, so mußte das, was Schiele bot, die landwirtschaftliche Gruppe in der Fraktion doch bestimmen, das Greifbare zu nehmen. Eugenbergs hat einen schweren Kampf gekämpft, er ist unterlegen. Aber nicht in der Weise, daß man nun eine Spaltung der Fraktion erwarten kann oder einen Rücktritt Eugenbergs, sondern in der geschlossenen Abstimmung der Fraktion liegt gleichzeitig das Merkmal der Verständigung.

Es fragt sich jetzt, wie die Regierung arbeiten will. Sie ist mit einer immerhin starken Mehrheit in den Sattel gehoben, sie kann also an die Durchführung ihres Programms gehen. Wir hören jedoch, daß die Regierung noch nicht so sicher ist und das Gefühl der Dauerkrise nicht weichen wird. Infolgedessen hat die Regierung gestern noch eine Beratung abgehalten, ob nicht trotz der Ablehnung des Vertrauensantrages die Auflösung des Reichstags empfehlenswert wäre. Aber auch in der Regierung kam man wohl zu der Überzeugung, daß das eine Überforderung der Vollmachten bedeuten würde. Sicherlich ist die Auflösungsfrage auch nicht für den Fall gegeben, um die Reichstagsauflösung herbeizuführen, wenn der Reichstag befunden hat, mit der Regierung weiter arbeiten zu wollen. Immerhin wäre der Fall denkbar gewesen, daß die Regierung, nachdem sie das Vertrauen des Reichstages erhalten hat, diesen nach Hause schickt, um desto leichter die kommenden Aufgaben mit Artikel 48 durchführen zu können. Denn es ist ohne weiteres klar, daß man von einer latenten Krise sprechen muß. Kommen die Deutschnationalen zu der Überzeugung, daß Schiele seine Forderungen nicht durchsetzen kann, so werden sie wenigstens zur Hälfte sich wieder hinter Eugenbergs stellen und die Regierung zu Fall bringen. Der Sturz der Regierung ist daher von Tag zu Tag zu erwarten. Das muß die Arbeitstaktik der Regierung bestimmen, und gewiß kann sie nicht jede Vorlage durch Drohungen mit der Reichstagsauflösung zur Annahme zwingen.

Die Stimmung im Reichstage ist also durchaus nicht verträglich, sondern tiefen. Aber es darf gesagt werden, daß die geistige Entscheidung immerhin selbst die Parteien der Opposition betrifft hat, namentlich die Sozialdemokraten. Die Aussicht auf Neuwahlen war keiner Partei angenehm, und es ist sicher, daß diese Wahlen auch nichts an dem Bestande der Parteien geändert hätten. Kommt nun in absehbarer Zeit eine Regierungskrise, so wird die alte parlamentarische Gewohnheit Platz greifen müssen, daß die stärkste Oppositionspartei den Auftrag zur Bildung der Regierung erhält. Deshalb ist die letzte Regierung als Übergangsmittel anzusehen, und das Vertrauensvotum, das sie erhielt, eine Befestigung der Auflösungsgefahr.

Die deutschen Sachleistungen an Frankreich.

Paris. Der französische Senat erließ am Donnerstag den Haushalt des Arbeitsministeriums und des Ministeriums für öffentliche Arbeiten. In der Ausschreibung der Sonderberichterstattung über die Sachleistungen an Frankreich, die die deutschen Sachleistungen im Rahmen des Wiederaufbauprogrammes repräsentieren, sind die Sachleistungen im Reparationspolitikkreis seien die Sachleistungen im Reparationspolitikkreis. Der Minister für öffentliche Arbeiten griff in die Ausschreibung ein und erklärte, am Sonnabend solle im Rahmen der Ausschreibung über den Youngplan festgestellt werden, wie sich die Politik der Sachleistungen auswirken werde. Bis zum 1. September, an dem der Dawesplan durch den Youngplan ersetzt worden sei, habe der Staat zu reichlichen Sachleistungen erhalten und nicht genug Abnehmer gehabt. Der Staat habe daher seine Zustimmung zu Dreissachleistungen und Zeitausschub geben müssen. Jetzt, wo die Sachleistungen anfragen, geringer zu werden, sei die Zahl der Abnehmer außerordentlich groß.

Die Grundsteinsetzung des Reichstunbaues geklärt.

Berlin. (Funkdruck.) Heute vormittag erwiderte der auf dem Neubau des Reichstunbaues in der Naturallee in Charlottenburg belagerte Bolter, daß der Grundstein von seinem Platz entfernt werden war. Unbekannte Täter hatten die Metalltrübe, die dort am 29. Mai 1929 bei der Grundsteinlegung eingemauert worden war, mit dem gesamten Inhalt, der auf einer Reihe von Urkunden bestand, geklaut. Wahrscheinlich hatten die Diebe in der Kasse Geld vermutet.

Beratungen der Deckungsvorlagen im Steuerausfluß.

vda. Berlin. (Funkdruck.) Der Steuerausfluß des Reichstages begann heute mit der Beratung der Deckungsvorlagen, zu denen der Zins- und Zinszuschlag, sowie die Minderung des Zins- und Zinszuschlages, die Mineralwassersteuer, die Minderung der Biersteuer, die Erhebung der Aufbringungsumlage für 1930 und die Verordnung über den Kraftfahrzeugsteuer-Zuschlag.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer

eröffnet die allgemeine Aussprache mit dem Hinweis, daß die Deckungsvorlagen die Aufgabe hätten, das Defizit des Etats auszufüllen. Dieses Defizit war berechnet auf etwa 292 Millionen Mark. Es hat sich aber ergeben, daß es etwas höher sein wird. Durch Einnahmeausfälle und Mehrausgaben wird sich das Defizit mindestens auf 304 Millionen Mark, möglicherweise auf 315 Millionen Mark erhöhen. Das hängt auch von der Gestaltung des Etats für 1930 ab.

Die Biersteuer-Erhöhung um 75 Prozent wird nach der Schätzung für das erste Jahr, wo mit einem Konjunkturrückgang gerechnet wird, 240 Millionen bringen, von denen 150 Millionen an das Reich und 90 Millionen an die Länder fallen. Zu dem Reichsraatsbeschluss, wonach nicht der Gesamtbetrag von dem Aufkommen, sondern 75 Prozent davon nach dem Aufkommen und 25 Prozent nach der Bevölkerungszahl den Ländern überwiesen werden soll, wird das Kabinett noch Stellung nehmen und vielleicht eine Doppelvorlage einbringen.

Der erhöhte Zins- und Zinszuschlag bringt 55 Millionen, der Zins- und Zinszuschlag 65 Millionen, wovon 25 Millionen an das Reich, 40 an die Länder fließen sollen. Da gleichzeitig der Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer von 15 auf 10 Prozent herabgesetzt werden soll, würden auf die Länder 10 bis 11 Millionen weniger fallen, so daß die 40 Millionen tatsächlich eine Überweisung von 30 Millionen an die Länder bedeuten. Dazu kommt für Zins- und Zinszuschlag aus der inländischen Produktion eine Steuer, die auf 430 Mark bemessen wird. Der Reichswirtschaftsrat hat darüber schon beraten und die Vorlage wird noch in diesen Tagen dem Reichstag vorgelegt. Aus dieser Steuer ist eine Einnahme von 16 Millionen zu erwarten.

Die Einnahmeüberschüsse über die Verklärung der Fälligkeitstermine bei der Tabak- und Zuckersteuer bei gleichzeitiger Aufhebung der Tabak- und Zuckersteuer sollen eine Einnahme von 30 Millionen bringen. Aus der Zinsbelastung sollen dem Etat 30 Millionen zufließen, deren weitere 50 Millionen zu einem Restposten für die Arbeitslosenversicherung verwendet werden. Schließlich soll noch die Mineralwassersteuer 40 Millionen bringen.

Zusammen ergeben diese Vorlagen ein Aufkommen von 320 Millionen für das Reich. Auf die Länder entfallen 170, nach Streichung der 10 Millionen infolge der Herabsetzung des Kraftfahrzeugsteuer-Zuschlages 160 Millionen, so daß den Ländern 120, den Gemeinden 40 Millionen zufließen. Infolge des späteren Inkrafttretens der Geleite durch die Neubildung der Regierung tritt ein Ausfall von mindestens 22 Millionen ein. Für dieses Jahr rechen also 304 Millionen zur Verklärung, die dem oben angeführten Defizit entsprechen.

Die Regierung legt Wert darauf, daß auch das Brandschadenversicherungsgesetz möglichst bald verabschiedet wird. Die Ausdehnung des am 1. Januar 1928 beginnenden Hauptversicherungsjahres auf Grund des Reichsbewertungsgesetzes und die weitere Hinauschiebung der Bindung der

Länder und Gemeinden an die Reichseinheitswerte sind nicht als Deckungsvorlagen zu betrachten, sondern sollen nur ein weiteres Sinken der Einnahmen verhindern.

In Vorbereitung ist ein Ermächtigungsgesetz, das die Regierung ermächtigen soll, die Kapitalertragsteuer zu mindern, sobald der Zeitpunkt dazu gekommen ist. Beides soll das Einfließen ausländischen Kapitals erleichtern. Die Neuentwässerung der Landwirtschaft ist vom 1. April d. J. bereits aufgehoben. Notwendig ist die möglichst beschleunigte Verabschiedung der vorliegenden Geleite. Bis Ende nächster Woche, also vor Beginn der Osterpause, müßten die Deckungsvorlagen verabschiedet sein, weil sonst die in der Einleitung begriffene Kassenlage wiederum in erhebliche Unordnung geraten würde.

Abg. Dr. Rademacher (Dn.): Schon im Dezember 1929 gab der Reichsfinanzminister die Höhe des Defizitbetrages auf 350 Millionen an. Trotzdem wurde damals die Steuerentlastung mit 915 Millionen angesetzt, während jetzt eine neue Entlastung von mehr als 300 Millionen eintreten soll. Auf jedem Fall bleibt eine Differenz von 520 Millionen zwischen dem, was damals versprochen wurde und dem, was heute gehalten wird. Die vorliegenden Geleitewürde bilden kein organisches Ganzes. Es gilt das Gesetz über die Ausgleichsteuer für Zins- und Zinszuschlag, das Gesetz für den Finanzausgleich usw. Man kann nicht damit rechnen, daß das nächste Jahr schon kein Notjahr mehr ist. Deshalb mußte man entweder die Steuererhöhungen für ein Jahr befristet oder die Steuererhöhungen und -senkungen organisch mit einem Mantelgesetz verbinden. Bei den Mineralölen sollten Sonderbestimmungen für Feueröl und das Droschkengewerbe eingeschaltet werden, um das arme Volk vor neuen Belastungen zu bewahren.

Abg. Reubner (Komm.) erklärte, diesmal sind es nicht nur die Arbeitermassen, die unter dem neuen Steuerdruck leiden werden, sondern auch der kleine Handwerker wird empfindlich getroffen. Der soziale Geist, von dem der neue Reichsfinanzminister in seiner Programmrede sprach, fehlte gänzlich in dem Deckungsprogramm.

Abg. Dr. Herz (SPD.) betonte, im Gegensatz zu allen früheren Erklärungen des Finanzministers scheint er jetzt den Zusammenhang des Deckungsprogrammes mit der Sanierung der Arbeitslosenversicherung aufgeben zu wollen. Bei einer solchen Trennung könnten aber alle Berechnungen des Ministers über den Haufen geworfen werden. Nach dem Regierungsprogramm und nach den Forderungen der Regierungsparteien für die Dähle und das Kararhilfsprogramm muß mit sehr erheblichen Mehrausgaben über die bisherigen Berechnungen hinaus gerechnet werden. Wir sehen in der einseitigen Erhöhung von Verbrauchssteuern einen Mangel, der unter dem sozialen Gesichtspunkt einer entsprechenden Verbilligung auszuweichen werden muß. Wir halten an dem Vorschlag fest, wenigstens für ein Jahr einen Zuschlag zur Einkommensteuer zu erheben, wobei die Masse der unteren und mittleren Einkommen ausgenommen sein soll.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer: Die Regierungserklärung stellt sich ausdrücklich auf den Kompromiß, der zwischen den damaligen Regierungsparteien geschlossen war und der drei Gebiete umfaßt: die Reduktion der Arbeitslosenversicherung, die Deckungsvorlagen und die Steuerentlastung. Die Reichsregierung bekennt sich zu diesem Programm einer Finanzreform, die sich aus diesen drei Teilen zusammensetzt.

Die Sitzung dauert bei Schluß der Redaktion noch an.

Ernennung der deutschen Mitglieder des Verwaltungsrates der Bank für internationalen Zahlungsausgleich.

Berlin. (Funkdruck.) Nach der Satzung der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) hat der Reichsbankpräsident als deutsche Mitglieder des Verwaltungsrates vorgeschlagen einen Vertreter der Finanz-, der Industrie oder des Handels und einen weiteren Deutschen, der Industrie oder Handel vertritt, zu ernennen. Außerdem ist von Amtswegen Mitglied des Verwaltungsrates der Reichsbankpräsident selbst. Nachdem die Auswahl der deutschen Vertreter mit Rücksicht auf den bevorstehenden Wechsel im Amt des Reichsbankpräsidenten bisher ausgesetzt war, hat Reichsbankpräsident Dr. Luther am Tage seines Amtsantritts Herrn Dr. Paul Reichler in Hamburg und Herrn Kommerzienrat Henck in Oberhausen (Rheinland) zu Mitgliedern des Verwaltungsrates berufen. Zu seinem Stellvertreter im Verwaltungsrat der BIZ hat der Reichsbankpräsident Herrn Geh. Finanzrat Dr. Wack, Mitglied des Reichsbankdirektoriums, ernannt.

Einigung zwischen England, Amerika und Japan.

London. In den Donnerstagverhandlungen zwischen den Vertretern der drei Flottenbaupläne, England, Amerika und Japan ist eine völlige Einigung über den Abschluß eines Dreimächte-Vertrages auf der Grundlage der zwischen Amerika und Japan erfolgten Verhandlungen

erzielt worden. Nach privaten Mitteilungen sollen Japan gewisse politische Zugeständnisse im fernem Osten beiderseits bei der Abgrenzung der dortigen Interessensgebiete der drei Mächte gemacht worden sein. In den englisch-französischen Verhandlungen, von deren Ausgang der Abschluß eines Vier- oder Fünfmächte-Vertrages abhängt, ist ebenfalls ein gewisser Fortschritt zu verzeichnen.

Die Kaiserin von Abessinien gestorben.

Y Addis Ababa. Am Mittwoch ist die Kaiserin Tsehai von Abessinien im Alter von 54 Jahren gestorben. Seit einigen Jahren hatte der Kaiser, ein entfernter Verwandter der Verstorbenen, die Regierung geführt. Er ist im Jahre 1891 geboren und wurde 1928 zum Regenten und Regus erklärt. Der neue Kaiser hat seinen Wohnsitz nach Addis Ababa verlegt, wo die unter seinem Befehl lebenden Truppen zusammengezogen sind. Bislang herrscht im Lande Ruhe.

Stalinischer Glückwunsch für das Kabinett Brüning.

Rom. „Popolo di Roma“ veröffentlicht unter der Überschrift „Glückwunsch“ einen längeren Artikel zu der gestern erfolgten Ablehnung der Vertrauensanträge gegen das Kabinett Brüning, in dem das Blatt in erster Linie darauf hinweist, daß Brüning die deutsche Landwirtschaft wieder zu Ehren bringen wolle. Es spricht schließlich den Wunsch aus, daß in Deutschland durch diese Maßnahmen wieder bessere wirtschaftliche Verhältnisse eintreten werden.